

Fragen

für die Fragestunde der 95. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. März 2011

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Alpers, Agnes (DIE LINKE.)	67, 68	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75
Barnett, Doris (SPD)	32	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 71
Barthel, Klaus (SPD)	60, 61	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	1, 2
Bas, Bärbel (SPD)	29, 66	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 73	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 80	Kumpf, Ute (SPD)	22, 23
Crone, Petra (SPD)	19	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 45
Duin, Garrelt (SPD)	8, 55	Mast, Katja (SPD)	12, 13
Gerdes, Michael (SPD)	30, 31	Mattheis, Hilde (SPD)	46, 47
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	43, 44	Nink, Manfred (SPD)	10, 89
Groß, Michael (SPD)	20, 21	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	83, 84	Özoğuz, Aydan (SPD)	24, 25
Hagemann, Klaus (SPD)	64, 65	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 54
Herzog, Gustav (SPD)	81, 82	Röspel, René (SPD)	58, 59
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	14, 15	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86
Höger, Inge (DIE LINKE.)	41, 70	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	62, 63
Dr. Högl, Eva (SPD)	5, 6	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	16, 17
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57	Schwarzelühr- Sutter, Rita (SPD)	39, 40
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	87, 88	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	18, 48
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79		
Kaczmarek, Oliver (SPD)	28, 76		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 90	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	37, 38
Stüber, Sabine (DIE LINKE.)	50, 51	Veit, Rüdiger (SPD)	26, 27
Tack, Kerstin (SPD)	35, 36	Wicklein, Andrea (SPD)	7, 85
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	33, 34

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	18
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	21

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

1. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, dem Land Schleswig-Holstein die Möglichkeit einzuräumen, im gesamten Bundesland die Lagerung bzw. Verpressung von Kohlendioxid abzulehnen?
2. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Welche Risiken sind der Bundesregierung bei einer unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid bekannt?
3. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie aus wirtschaftspolitischer Sicht die Begründung der Direktzahlungen der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik als Einkommenshilfe für Landwirte, wie sie von der Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zur Mitteilung der Europäischen Kommission „Die GAP bis 2020“ vorgenommen wird?
4. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Warum sollte der von dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle vorgeschlagene „partnerschaftliche Weg“ erfolgreicher sein, als die seit zehn Jahren geltende freiwillige Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Bundesregierung zur Gleichstellung?
5. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD) Welche Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartner hat die Bundesregierung vor oder während der Formulierung des Entwurfs des Nationalen Reformprogramms Deutschland („Draft-NRP“) konsultiert, und welche Forderungen von Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartnern wurden von der Bundesregierung bei der Formulierung des Entwurfs des Draft-NRP übernommen?
6. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung bei der Umsetzung der Beschäftigungsziele des Nationalen Reformprogramms gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen, und wieso gibt es für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Migrantinnen und Migranten bisher keine konkreten Beschäftigungsziele?

7. Abgeordnete
Andrea Wicklein
(SPD) Wie will die Bundesregierung die Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie weiter für die Kreativwirtschaft öffnen, um ihre Zusagen gegenüber der Branche einzuhalten?
8. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die steigenden Preise für Nahrungsmittel und Öl im Hinblick auf die weitere Entwicklung des privaten Konsums, und was wird die Bundesregierung angesichts eines im vierten Quartal 2010 nur um 0,2 Prozent gestiegenen privaten Verbrauchs tun, um die Binnennachfrage zu stärken?
9. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über deutsche Waffenlieferungen an Libyen innerhalb der letzten drei Monate?
10. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD) Mit welchen Auswirkungen rechnet die Bundesregierung für die innereuropäischen Exportaussichten der deutschen Wirtschaft und für das Wachstum der Endnachfrage im Euroraum?*)
11. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie gedenkt die Bundesregierung die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe f des Beschlusses des Rates vom 10. Dezember 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke (2010/787/EU) festgelegten Reduzierungsschritte des Gesamtbetrages der Stilllegungsbeihilfen für den Steinkohlebergbau in Einklang zu bringen mit den in § 3 des Steinkohlefinanzierungsgesetzes bis 2019 zur Verfügung gestellten Plafondsmitteln für den Steinkohlebergbau zuzüglich der vom Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Vereinbarung zum Steinkohlebergbau 2007 zugesagten Mittel, und weshalb hat die Bundesregierung in ihrem aktuell in den Deutschen Bundestag eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Steinkohlefinanzierungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 17/4805) keine dem o.g. Beschluss des Rates entsprechende Reduzierung der Plafondsmittel vorgesehen?

*) Siehe hierzu auch Frage 89.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

12. Abgeordnete
Katja Mast
(SPD) Welche neuen Maßnahmen und Initiativen plant die Bundesregierung, um mehr Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu erreichen?
13. Abgeordnete
Katja Mast
(SPD) In welcher Weise wird die Bundesregierung Forschung und Entwicklung zu universellem Design sowie für neue Technologien, die für Menschen mit Behinderung geeignet sind, fördern?
14. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD) Wie wird gewährleistet, dass die Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von Bund und Ländern aufeinander abgestimmt werden, und welche Bund-Länder-Gremien arbeiten ggf. an einer Abstimmung?
15. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD) Wie werden private und öffentliche Unternehmen in den Prozess der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einbezogen?
16. Abgeordnete
Silvia Schmidt (Eisleben)
(SPD) Wird die Bundesregierung den Staatenbericht gemäß Artikel 35 der UN-Behindertenrechtskonvention in der vorgegebenen Frist dem Ausschuss gemäß Artikel 34 der UN-Behindertenrechtskonvention vorlegen, und wann wird dieser dem Deutschen Bundestag zur Kenntnis gegeben?
17. Abgeordnete
Silvia Schmidt (Eisleben)
(SPD) Welche Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention enthalten nach Ansicht der Bundesregierung individuelle Rechtspositionen für die Betroffenen, die schon heute in Anspruch genommen werden können, und wird die Bundesregierung im Rahmen des Nationalen Aktionsplans auch die Forderung des Deutschen Behindertenrates aufnehmen, Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für die Ziele der Konvention in Behörden und damit auch für Richterinnen und Richter zu fördern?

18. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Forderungen des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, nach einer schnellen Überprüfung der Regelsätze für erwerbsgeminderte behinderte Menschen über 25 Jahre und einer Zahlung des vollen Regelsatzes an diesen Personenkreis in Höhe von 364 Euro statt 291 Euro, da es nach seiner Auffassung weder nachvollziehbar noch gerecht ist, dass behinderte Menschen schlechter gestellt werden, als über 25-jährige Hartz-IV-Bezieher, die noch bei den Eltern wohnen (siehe „Behinderte bei Hartz IV gleichstellen“ in DER TAGESSPIEGEL vom 7. März 2011)?
19. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Wie hat sich die Lage von Ausländern bzw. Personen mit Migrationshintergrund im Leistungsbezug gemessen an der Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Vermittlung in Ausbildung, Arbeit oder eine Selbständigkeit seit der erstmaligen Durchführung eines Integrationsgipfels im Jahr 2006 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung die Situation?
20. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit der diversen Programme und Instrumente zur Integration von Personen mit migrationsspezifischen Problemlagen in Ausbildung, Arbeit oder Selbständigkeit?
21. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD)
- Mit welchen konkreten Initiativen wird die Bundesregierung darauf hinwirken, die derzeit existierenden Programme und Instrumente zur Integration von Personen mit migrationsspezifischen Problemlagen in Ausbildung, Arbeit oder Selbständigkeit der Europäischen Union, des Bundes und der Länder aufeinander abzustimmen?
22. Abgeordnete
Ute Kumpf
(SPD)
- In welcher Form wird die Sprachförderung bei Menschen mit Migrationshintergrund mit den Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit verknüpft, und sieht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hier Verbesserungsbedarf?

23. Abgeordnete
Ute Kumpf
(SPD) Wie viele Personen haben seit Etablierung des „Programms zur berufsbezogenen Sprachförderung“ im Jahr 2009 an diesem teilgenommen, und welche messbaren Integrationsfortschritte konnten die Teilnehmer im Anschluss daran erzielen?
24. Abgeordnete
Aydan Özoguz
(SPD) Wie hoch ist der Anteil von Mitteln der Europäischen Union an den Programmen der Bundesregierung, die zur Überwindung von migrationsspezifischen Problemlagen dienen bzw. an denen Personen mit migrationsspezifischen Problemlagen besonders partizipieren?
25. Abgeordnete
Aydan Özoguz
(SPD) Welche internationalen Beispiele hält die Bundesregierung für nachahmenswert, wenn es darum geht, die Vermittlung von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund in Ausbildung, Arbeit oder eine Selbständigkeit zu verbessern, und wie lassen sich diese auf Deutschland übertragen?
26. Abgeordneter
Rüdiger Veit
(SPD) Aus welchem Grund hat die Bundesregierung der Tatsache nicht systematisch entgegengewirkt, dass in den Grundsicherungsstellen nur vereinzelt Strategien und Konzepte zum Umgang mit migrationsspezifischen Problemen existieren, obwohl rund 30 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen einen Migrationshintergrund aufweisen, und wie werden Optionskommunen eingebunden, wenn es darum geht, Strategien und Konzepte zum Umgang mit migrationsspezifischen Problemen zu entwerfen und in der Praxis umzusetzen?
27. Abgeordneter
Rüdiger Veit
(SPD) In wie vielen Jobcentern bzw. Optionskommunen existieren derzeit Integrationsbeauftragte, und welche Tätigkeiten verrichten diese?
28. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD) Wie hoch ist der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in den Jobcentern und Optionskommunen, insbesondere im Fallmanagement, und welche Bedeutung misst die Bundesregierung sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten von Mitarbeitern der Grundsicherungsstellen und deren Kunden bei?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 76.

-
29. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung einen Bedarf, die Nachteile am Arbeitsmarkt, die aus der Staatsangehörigkeit, der ethnischen Herkunft oder der mangelnden Beherrschung der deutschen Sprache resultieren, als Auftrag an die Arbeitsverwaltung in § 1 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) zu verankern, und wenn nein, warum nicht?
30. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD)
- Welche Programme und Instrumente zur Integration von Personen mit migrationsspezifischen Problemlagen in Ausbildung, Arbeit oder Selbständigkeit sind seit dem Regierungswechsel 2009 neu eingeführt worden?
31. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD)
- An welchen Stellen sind diese Programme und Instrumente deckungsgleich bzw. überschneiden sich inhaltlich?
32. Abgeordnete
**Doris
Barnett**
(SPD)
- Welche Auswirkungen wird nach Einschätzung der Bundesregierung die ab Mai 2011 eingeführte Umsetzung der Entsenderichtlinie auf den deutschen Arbeitsmarkt haben, und in welchem Maße würde die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland der Gefahr eines damit einhergehenden Lohndumpings entgegenwirken?
33. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Ist es richtig, dass in den Verwaltungskostenbudgets der Jobcenter 10 Prozent der Mittel gesperrt werden, und wie hoch sind gegebenenfalls die gesperrten Summen absolut nach Bundesländern/Regionaldirektionen?
34. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Was ist gegebenenfalls der Hintergrund für die Sperre, und wie viele der für 2011 vorgesehenen Mittel der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sind absolut und relativ bereits gebunden (bitte nach Bundesländern/Regionaldirektionen auflgliedern)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

35. Abgeordnete
**Kerstin
Tack**
(SPD) Wird die Bundesregierung im Rahmen der Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen gesetzlich verbindliche und vergleichbare Standards für die Protokollierung von Verkaufsgesprächen in der Finanzberatung vorlegen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
36. Abgeordnete
**Kerstin
Tack**
(SPD) Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die von der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner im Dezember 2010 angekündigten verdeckten, staatlichen Ermittler zur Kontrolle der Bankberatung einzusetzen, und wie wird das Verfahren gesetzlich geregelt?
37. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Ausgestaltung einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift für eine für alle Wirtschaftsbeteiligten praktikable technische Lösung für die Nulltoleranz gentechnischer Verunreinigungen von Saatgut?
38. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Fischarten bei Rückwürfen deutscher Fischereibetriebe in den Jahren 2008 bis 2010 (bitte prozentualen Anteil und absolute Menge angeben)?
39. Abgeordnete
**Rita
Schwarzelühr-
Sutter**
(SPD) Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für zielführend, um mehr Transparenz und strengere Regulierung des Warenerminhandels für Agrarrohstoffe in Zukunft zu gewährleisten?
40. Abgeordnete
**Rita
Schwarzelühr-
Sutter**
(SPD) Welche konkreten Vorschläge hat die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner zur Stärkung der Funktionsfähigkeit von Agrarmärkten sowie gegen Missbrauch und Preismanipulationen bisher zur Vorbereitung des Treffens der Landwirtschaftsminister der G20 im Juni 2011 in Paris eingebracht, und in welchen Punkten gibt es Übereinstimmung beziehungsweise Unstimmigkeiten mit Frankreich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

41. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verstrickung der Bundeswehr in Vorfälle im afghanischen Distrikt Char Darah am Mittwoch, dem 9. März 2011, die nach Medienangaben zum Tod einer Frau sowie der Verletzung einer zweiten führten?
42. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien, bezugnehmend auf meine Mündliche Frage 60 auf Bundestagsdrucksache 17/4812 und die Antwort (vgl. Plenarprotokoll 17/92), entscheiden Scharfschützen der Bundeswehr in Afghanistan sich „zur Wirkung gegen gefährliche Einzelziele des Opposing Militant Forces“ und erschießen nach tagelangem oder stundenlangem Warten gezielt Zielpersonen, die sie in einigen hundert Metern Entfernung durch das Fernrohr wahrnehmen, (vgl. stern vom 13. Januar 2011), und wie schließen diese Scharfschützen aus, dass es sich bei der zu tödenden Zielperson nicht um eine harmlose Zivilperson, also nicht um einen Opposing Militant, handelt?
43. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung jeweils, dass sie ihre Antworten auf die Kleine Anfrage zur Rüstungs- und Sicherheitsforschung an Hochschulen auf Bundestagsdrucksache 17/3337 teilweise unter Geheimschutz gestellt hat, namentlich die Antworten zu den Fragen 1, 5 und 7, welche die Forschungsaufträge und die Drittmittelzuwendungen des Bundesministeriums der Verteidigung an Hochschulen bzw. die Zusammenarbeit der wehrwissenschaftlichen Dienststellen mit Hochschulen zum Gegenstand haben?
44. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Welche objektiven politischen Veränderungen sind seit dem 22. August 2006 eingetreten, die es aus Sicht der Bundesregierung rechtfertigen, eine Frage, die am 22. August 2006 noch öffentlich beantwortet wurde, am 19. Oktober 2010 nicht mehr öffentlich zu beantworten, sondern so, dass die Antwort unter Geheimschutz steht, namentlich die Frage nach Drittmittelzuwendungen des Bundesministeriums der Verteidigung an Hochschulen, die am 22. August 2006 auf Bundestagsdrucksache 16/2431 bezogen auf den Zeitraum 1991 bis 2005 der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wurde, während die gleiche Frage bezogen auf den Zeitraum seit dem Jahr 2000

in der Antwort vom 19. Oktober 2010 auf Bundestagsdrucksache 17/3337 unter Geheimchutz gestellt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

45. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem offenen Brief gegen die „Extremismusklausel“, den 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bildungsträger und zivilgesellschaftliche Initiativen an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium des Innern sandten (www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=in&dig=2011%2F03%2F05%2Fa0163&cHash=47d7fb4077)?
46. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, dass Eltern, die die in § 1 Absatz 8 des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) benannte Einkommensobergrenze für den Bezug des Elterngeldes durch zusätzliche Kapitaleinkünfte überschreiten, dennoch Elterngeld erhalten, da Einkünfte aus Kapital nicht zur Bemessung der Einkommenshöchstgrenze herangezogen werden?
47. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD)
- Plant die Bundesregierung das Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) so zu reformieren, dass künftig Kapitaleinkünfte für die Bemessung der Einkommenshöchstgrenze herangezogen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

48. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass pflegebedürftige Menschen, insbesondere Menschen mit anerkannter Pflegestufe nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch, zu dem Personenkreis gehören, die von der UN-Behindertenrechtskonvention

betroffen sind, und welche Konsequenzen hat dies für die anstehende Pflegereform sowie die Entwicklung der Behindertenpolitik?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

49. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit des Dialogforums Airport Berlin Brandenburg, und aus welchen Gründen arbeitet die Bundesregierung als Gesellschafter der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH im Gegensatz zu den Landesregierungen Berlin und Brandenburg in diesem Gremium nicht aktiv mit?
50. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Streichung grenzüberschreitender Angebote der Deutschen Bahn AG im Regional- und Fernverkehr?
51. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Deutschen Bahn AG und der polnischen Bahn zur Einigung über den Zeitfahrkartentarif für die Strecke Berlin–Szczecin (Stettin)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

52. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die im Auftrag der österreichischen Bundesregierung erstellte sogenannte FLAB-DiD-II-Studie zu den Sicherheitsrisiken deutscher Siedewasserreaktoren der Baulinie 69 (insbesondere Isar 1) vor, und mit welcher Begründung hat das BMU die Veröffentlichung der bewertenden Zusammenfassung der sogenannten FLAB-DiD-II-Studie verweigert (falls die Verweigerung nicht seitens des BMU erfolgte, wird gebeten, die dem BMU bekannten Gründe der verweigernden deutschen Behörde(n) anzugeben)?

53. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erfüllen alle 17 deutschen Atomkraftwerke (AKW) mit gültiger Betriebsgenehmigung die probabilistische Anforderung, die dem international empfohlenen Wert für die Kernschadenshäufigkeit von 10^{-15} /Jahr (in Worten zehn hoch minus 15 pro Jahr) entspricht, und falls nein, welche konkreten Erkenntnisse liegen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) vor, dass bestimmte AKW diesen Anforderungswert nicht oder möglicherweise nicht erfüllen (ggf. bitte nach betroffenem AKW differenzierte Angabe)?
54. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position hat die Bundesregierung im Umweltministerrat am 14. März 2011 zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 eingenommen?
55. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung entsprechende Studien vor, nach denen das vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen favorisierte CO₂-Reduktionsziel von 30 Prozent bis 2020 für den Bereich der Europäischen Union dazu führen würde, dass dadurch EU-Staaten überdurchschnittlich belastet würden, in denen Industrie eine wichtige Rolle spielt, und würde eine solche Verschärfung der CO₂-Beschränkung die Strompreise in diesen Staaten deutlich steigen lassen?
56. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Woher bezieht die Bundesregierung die Zahlen, dass 90 Prozent der Rohstoffe für Bioethanol aus der EU kommen und 10 Prozent aus Brasilien (Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen in der FAZ, 9. März 2011), und beziehen sich diese Zahlen auch auf die aktuellen Bioethanolbestandteile in E10?
57. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Nachhaltigkeitszertifizierungssysteme für Biokraftstoffe sind derzeit in Deutschland zugelassen, und wie viel Prozent der in Deutschland beigemischten Biokraftstoffe sind darüber zertifiziert, hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass noch immer nicht nach der Nachhaltigkeitsverordnung zertifizierte Biokraftstoffe bzw. Rohstoffe für Biokraftstoffe in die Bundesrepublik Deutschland gelangen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

58. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Welche Position vertritt die Bundesregierung in Bezug auf Forderungen nach einem Wissenschaftstarifvertrag?
59. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Wie begründet die Bundesregierung, dass sie entgegen den Empfehlungen im Gutachten 2011 der Expertenkommission Forschung und Innovation nicht plant, die Regelungen zur Finanzierung der außeruniversitären Forschung in Deutschland einheitlich auf eine 70-prozentige Finanzierung durch den Bund und eine 30-prozentige Finanzierung durch das Sitzland umzustellen?
60. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Höhe der Ausbildungsbeteiligungsquote bei jungen ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern bzw. solchen mit Migrationshintergrund vor, und welche Ursachen sieht sie für die Abweichungen im Vergleich zu deutschen Jugendlichen?
61. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Ausbildungsbeteiligungsquote bei ausländischen Jugendlichen bzw. solchen mit Migrationshintergrund zu erhöhen?
62. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD) Welche migrationspezifischen Erkenntnisse bezüglich des Projektes der integrierten Ausbildungsberichterstattung hat die Bundesregierung bisher gewonnen?
63. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD) Wie hoch ist die Zahl der jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund, die keine formale berufliche Qualifikation erworben haben bzw. voraussichtlich erwerben werden?

64. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wie ist der aktuelle Stand der Einführung des dialogorientierten Bewerbungsverfahrens für Studienplätze in Deutschland insbesondere im Hinblick auf die Schnittstellenproblematik der Software von Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH und der Telekom Deutschland GmbH – unter Angabe der Zahl der Hochschulen, an denen die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Software zwischenzeitlich erfolgreich implementiert wurde – und der begleitenden Information von Hochschulverantwortlichen und Studieninteressierenden – unter Darlegung der vorgesehenen Informationskampagne –, und inwieweit sieht die Bundesregierung den fristgerechten Start des neuen Bewerbungsverfahrens zum 1. April 2011 (laut www.hochschulstart.de/index.php?id=2885) als gesichert an?
65. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wie hoch ist bzw. war im Hinblick auf das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel („Schwarz-Gelb will Stipendien regnen lassen – Zehn Prozent aller Studenten sollen Stipendien erhalten“, SPIEGEL ONLINE vom 19. Oktober 2009) die Zahl der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung insbesondere über die Begabtenförderwerke mit einem Stipendium geförderten Studierenden jeweils vor Beginn des Sommersemesters zum 1. März 2009, zum 1. März 2010 und zum 1. März 2011 (sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual in Relation zu der Gesamtzahl der Studierenden) sowie aktuell die Zahl der aufgrund eingeworbener Mittel von privaten Geldgebern möglichen Deutschland-Stipendien (nach Bundesländern und in Summe prozentual in Relation zur Gesamtzahl der Studierenden), und wie viele Geförderte beabsichtigt die Bundesregierung jeweils bis Ende 2011 und bis zum Ende der 17. Legislaturperiode zu erreichen?
66. Abgeordnete
Bärbel Bas
(SPD)
- Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung einem mit den Bundesländern koordinierten und abgestimmten regionalen Übergangsmangement Schule–Beruf bei, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung die derzeitige Vielzahl von unterschiedlichen Systemen aufeinander abstimmen?

67. Abgeordnete
Agnes Alpers
(DIE LINKE.) Inwiefern werden Hochschulabschlüsse und generell Rechtsansprüche auf Anpassungs- und Ergänzungsqualifikationen bzw. auf Finanzierung dieser Maßnahmen im geplanten Gesetzentwurf zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen mit einbezogen bzw. verankert (bitte begründen)?
68. Abgeordnete
Agnes Alpers
(DIE LINKE.) Welche Inhalte der am 9. Dezember 2009 vom Bundeskabinett verabschiedeten „Eckpunkte zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen“ werden im Rahmen des geplanten Gesetzentwurfs zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen nicht umgesetzt, und warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

69. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit hat sich die Bundesregierung entsprechend des mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedeten Antrags zum Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung (MRWS) (Bundestagsdrucksache 17/2332) dafür eingesetzt, dem Thema durch Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Projekte eine größere öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, und inwieweit ist im Hinblick auf die sich durch die Frauen-Fußball-WM 2011 in Deutschland, die Afrikameisterschaften 2012 und 2013 sowie die Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien bietenden Möglichkeiten, dem Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung mehr Geltung zu verschaffen, eine weiterführende Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Initiative „WASH United“ geplant?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

70. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung – gerade angesichts zunehmender Gewalt des Gaddafi-Regimes in Libyen gegen die Zivilbevölkerung – dazu, dass in der Resolution 1970 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 26. Februar 2011 in Artikel 6 auf Druck des US-amerikanischen Vertreters eine Formulierung eingefügt wurde, die dazu geeignet ist, von Muammar Al-Gaddafi eingesetzten Söldnern Straffreiheit zu verschaffen, da nichtlibysche Staatsangehörige, welche Straftaten in Libyen begehen, durch diese Formulierung nun nur dann verfolgt werden könnten, wenn sie aus Staaten stammen, die den Internationalen Strafgerichtshof anerkannt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

71. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erwägt die Bundesregierung angesichts des Bürgerkrieges, der fortdauernden Menschenrechtsverletzungen in Libyen und den derzeit 250 000 libyschen Flüchtlingen in Ägypten, Tunesien, Algerien und Niger nun doch eine gerechte Lastenverteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten anzustreben, nachdem sich die Bundesregierung im Februar 2011 gegen eine faire Aufteilung der Flüchtlinge aus Tunesien auf die EU-Mitgliedstaaten ausgesprochen hatte, falls die Flüchtlingszahlen in Italien weiter steigen und es zu einer auch von FRONTEX-Direktor Ilkka Laitinen möglich gehaltenen Massenflucht nach Italien kommt, und wenn nein, warum nicht?
72. Abgeordneter
Volker Beck
(**Köln**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zur Zukunft der Deutschen Islam Konferenz (DIK) und der Integration des Islam in Deutschland, wenn nach Äußerungen des Bundesministers des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich der Islam nicht zu Deutschland gehört, und welche konkreten Ziele soll die DIK künftig verfolgen?

73. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um zu anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften zu kommen, und was ist sie bereit, dafür zu tun?
74. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen lag pro Jahr seit 1995 bei den Ausländerbehörden ein Verdacht auf Scheinehe vor, bzw. in wie vielen Fällen haben sie diesen Verdacht den Ermittlungsbehörden gemeldet, und in wie vielen Fällen wurden im genannten Zeitraum jährlich Personen wegen des „Erschleichens eines Aufenthaltstitels durch Scheinehe“ verurteilt?
75. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche in der Begründung des Gesetzentwurfs (Bundestagsdrucksache 17/4401) genannten „Wahrnehmungen aus der ausländerbehördlichen Praxis“ deuten im Einzelnen darauf hin, dass die Verkürzung der Mindestehebestandszeit auf zwei Jahre zu einer Erhöhung der Scheineheverdachtsfälle geführt hat?
76. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Wie hoch ist der derzeitige Anteil von Auszubildenden und Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung, und durch welche Maßnahmen plant die Bundesregierung diesen zu erhöhen?*)
77. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Behält die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Berichts der gemeinsamen Kontrollinstanz von Europol SWIFT-Abkommen und der darin zum Ausdruck gekommenen Kritik an der unzulänglichen Aufsichtstätigkeit von Europol, als auch angesichts der unlängst durch die deutsche Delegation gegenüber der EU-Kommission (Schreiben vom 8. Februar 2011) zum Ausdruck gebrachten Kritik an der Informationspolitik sowohl von Europol als auch der EU-Kommission sowie der unlängst bekannt gewordenen Tatsache, dass nach wie vor und entgegen der Äußerungen des damaligen Bundesministers des Innern innereuropäische Finanztransaktionen Gegenstand der Datentransfers an US-Behörden darstellen, ihre Zustimmung zum SWIFT-Abkommen bei, und wie begründet sie diese Zustimmung angesichts der aufgezählten Verstöße gegen die vertraglichen Vorgaben des Abkommens?

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

78. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Zeitplan für das Planungsvereinheitlichungsgesetz, und in welchem Quartal könnte aus Sicht der Bundesregierung die Novellierung frühestens abgeschlossen sein?
79. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Diskussionen um die Verbesserung der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen im Hinblick auf die Inhalte des Planungsvereinheitlichungsgesetzes, und wie bewertet die Bundesregierung die vielfach vorgeschlagene Einrichtung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung im Planfeststellungsrecht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

80. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Mitarbeit ehemaliger Haupt- und Inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in der Treuhandanstalt und den zur Treuhandanstalt gehörenden Unternehmen vor, und welche Erkenntnisse wurden insbesondere aus den Ergebnissen der Verfügung des damaligen Präsidenten der Treuhandanstalt Dr. Detlev Rohwedder vom 15. Januar 1991 gezogen, dass alle Aufsichtsratsmitglieder, Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und Personalleiter in den Unternehmen der Treuhandanstalt eine Erklärung zu ihrer Nichtmitarbeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR unterzeichnen sollen?
81. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Wann ist mit dem in den Schriftlichen Fragen 17 und 18 auf Bundestagsdrucksache 17/2286 angekündigten Abschluss der Verhandlungen zur Entschädigung der von frequenzumstellungsbedingten Störungen bei drahtlosen Mikrofonen betroffenen Kultur- und Bildungseinrichtungen zu rechnen?
82. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Wann kann die Gemeinde Gehrweiler im Donnersbergkreis (Rheinland-Pfalz), wie in dem Brief des Bürgermeisters Bernhard Kiefer vom Februar 2011 an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angefragt, mit der Erstattung der durch die frequenzum-

stellungsbedingten Störungen notwendig gewordenen Kosten von 5 000 Euro für eine neue Beschaltungsanlage rechnen?

83. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), dass bei der Abrechnung der Mehrwertsteuer auf Hotelrechnungen in Hotels Manipulationen vorkommen (DER SPIEGEL 9/2011, S. 18, „Missbrauch bei der Mehrwertsteuer“), und was gedenkt die Bundesregierung im Fall von Rechtsverstößen zu deren Verhinderung zu unternehmen?
84. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie und wann wird die Bundesregierung eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gaststätten- und Hotelleriewirtschaft vornehmen?
85. Abgeordnete
Andrea Wicklein
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung die seit über einem Jahr angekündigten Vorschläge zur Unterstützung von Wagniskapitalbeteiligungen vorlegen, und welche Vorschläge werden dies sein?
86. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Summe von Staatsanleihen der Länder Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien wird derzeit von deutschen Finanzinstituten über sogenannte Kreditausfallversicherungen abgesichert (mit der Bitte um Differenzierung der Summe nach Banken, Versicherungen, sonstige Finanzinstitute)?
87. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass mehrere Kreditinstitute eine rechtzeitige Übersendung der Steuerbescheinigung über Kapitalerträge nicht gewährleisten können (vgl. DER TAGESSPIEGEL, 8. März 2011), so dass es zu Kollisionen mit Erklärungsfristen für den Steuerpflichtigen kommen kann, und plant die Bundesregierung hier politisch aktiv, beispielsweise mit einer Fristverlängerung für die Betroffenen, zu werden?

88. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche notwendigen Änderungen im Rahmen bestehender Doppelbesteuerungs- und Informationsaustauschabkommen bzw. aktueller Verhandlungen werden sich aus dem Entwurf einer Richtlinie des Europäischen Rats über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG ergeben, und welche konkreten Verbesserungen sieht die Bundesregierung hierdurch bei der Bekämpfung des internationalen Steuerbetrugs?
89. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Folge, dass bei einer einseitigen Anpassungsstrategie der Defizitländer im Rahmen der Bewältigung makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum das Nachfragewachstum aus diesen Ländern wegfällt – ohne dass die Möglichkeit besteht, es irgendwie zu ersetzen?*)
90. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung von den Autoherstellerfirmen in Deutschland Rückzahlungen von direkten bzw. indirekten Subventionen und Unterstützungsleistungen einzufordern, die diesen im ersten Jahr der Finanzkrise etwa durch die milliardenteure Abwrackprämie aus Steuermitteln gewährt wurden, nachdem einige dieser Firmen jetzt außerordentliche Gewinne in dreistelliger Milliardenhöhe an ihre Aktionäre ausschütten, und wenn nein, warum nicht, angesichts der knappen öffentlichen Kassen und der Finanznot von Ländern und Kommunen?

*) Siehe hierzu auch Frage 10.

